

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

August 1973

Evangelische Verantwortung

Heft 8/1973

Perspektiven unserer Politik

Gerhard Schröder

Auf der diesjährigen Jahrestagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing hielt der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Gerhard Schröder, MdB, ein vielbeachtetes Referat über die Perspektiven zukünftiger deutscher Politik. Die Ausführungen Schröders sind gleichzeitig als Antwort auf die ostpolitischen Vorstellungen Egon Bahrs zu verstehen, die dieser auf der gleichen Tagung in Tutzing äußerte. Bahr hatte dort 1963 – zehn Jahre zuvor – den Begriff „Wandel durch Annäherung“ geprägt.

Schröder stellte in seinem Vortrag insbesondere auch die Gefahr eines einseitigen „Entspannungsopters“ unsererseits heraus; darüber hinaus forderte er, daß wir in unserem Land zu einer größeren Leistung für die Entwicklung und Entfaltung unserer Freiheit bereit sein sollten.

Unser Zusammensein ist mehrfach charakterisiert: der konkrete, nahezu persönliche Anlaß, 10 Jahre Ostpolitik zu bedenken, die Notwendigkeit, die Ratifizierung des Grundvertrages und den bevorstehenden Beitritt Deutschlands, geteilt in zwei Staaten, in die Vereinten Nationen mit ihren Konsequenzen einzuschätzen, die Ergebnisse des Besuchs des Generalsekretärs Breschnew bei Präsident Nixon zu bewerten und die gesamteuropäische Szenerie von Paris bis zur laufenden KSZE prüfend, sorgend,

nachdenklich zu erwägen. Wir wollen das nach bestem Wissen und Gewissen tun.

Bundesminister Bahr hat in den Jahren, die zurückliegen, neben vielen anderen Erfahrungen sicherlich auch die gemacht, die ich jetzt unterstreichen möchte: Es ist ein großer Unterschied, ob man die Probleme aus der Rolle des engagierten Publizisten, des Beamten und Diplomaten oder als verantwortlicher Politiker und Minister betrachtet und behandelt. Nicht nur, daß die Kritik wächst, manchmal wächst auch der Beifall, sondern daß man das unvergleichliche Privileg des Handelns hat.

Ich betone dies, weil wir gut daran tun, uns immer wieder dieser Verantwortung des Handelns bewußt zu werden, gerade wenn wir unser Recht und unsere Pflicht zur Kritik ausüben.

Es fällt nicht ganz leicht, die Ostpolitik der derzeitigen Bundesregierung mit einem einzigen Begriff zu fassen und zu beschreiben. Vielleicht liefert uns die Bundesregierung selbst einen genau passenden Schlüssel. Vielleicht können wir – besserer Schlüssel bleibt vorbehalten – die Ostpolitik der Bundesregierung eine Politik vor einem Friedensvertrag nennen.

18. Bundestagung
des EAK der CDU/CSU
7.–9. September '73
München

Wie
wir
morgen
leben
wollen

Alle Bezieher der Evangelischen Verantwortung erhalten in der ersten Augushälfte Einladung und Programm zugesandt.

Das hat zur Folge, daß die nehmende Seite nicht so sehr modus vivendi hört, sondern Endgültigkeit. Dies wiegt besonders schwer im innerdeutschen Verhältnis, wo die einen die Erledigung der deutschen Frage betonen, die Frage der deutschen Nation mit der Erfindung der „sozialistischen Nation“ als gelöst ansehen und sich einen „Wandel durch Annäherung“ wahrscheinlich überhaupt nicht vorzustellen vermögen.

Aber nun geht es heute nicht darum, ob dieses Stück einer „Strategie des Friedens“ eingeleitet und versucht werden soll. Wir haben heute vielmehr zu prüfen, wie es zustande gekommen ist, was es gebracht hat, was es zu erbringen verspricht. Wir tragen in uns die Frage, ob sich der bisherige Aufwand gelohnt hat. Wo liegen die Gefahren? Sind wir seit der „neuen“ Ostpolitik erfolgreicher geworden?

Innerdeutsch? Im West-Ost-Verhältnis? Im Verhältnis Deutschland – Ost-Europa? Im Verhältnis Deutschland – Sowjetunion? Ist der Frieden wirklich „sicherer“ geworden? Sind Machtverhältnisse verschoben worden? Zu unseren Gunsten, zu unseren Ungunsten? Waren

wir dabei beteiligt? Ist die Freiheit größer oder geringer geworden? Wohin tendiert die Entwicklung von morgen?

Das sind drängende Fragen; sie alle müssen uns ständig im kritischen Bewußtsein bleiben, wenn wir die Entwicklung von morgen und übermorgen bedenken.

Die „neue“ Ostpolitik gilt als deutscher Beitrag zur Entspannung. Ob dieser Begriff wirklich als „Leerformel“ geboren worden ist, weiß ich nicht. Sein unklares Verständnis und sein Gebrauch erfüllt mich seit Jahren mit unangenehmer Verwunderung. Das gilt unabhängig davon, in welcher Rede oder welchem Dokument der Begriff jeweils auftaucht. Aber neulich habe ich in einer gerade im süddeutschen Raum sehr verbreiteten Zeitung doch einen Aufsatz mit Zustimmung gelesen, in dem es u. a. heißt:

„Der Frieden von Helsinki.

Man kann die Pessimisten gut verstehen: Da ist sich Breschnew mit Nixon zum Beispiel in der Befriedigung darüber einig (so steht es im Communiqué), daß der Abbau der Spannungen in Europa fortschreitet. Welches Vertrauen verdient dieser ‚Fortschritt‘, wo es doch niemand anderer als die Sowjets waren, die für Spannung in Europa gesorgt haben, wo doch niemand anderer als die Russen die Blöcke am Leben gehalten haben, weil sie sich weigerten und noch weigern, ihre Kriegsbeute aufzugeben und die von ihnen beherrschten osteuropäischen Völker freizugeben.“

Ich möchte klar feststellen, daß ich es immer für einen Fehler der westlichen Seite gehalten habe, den Begriff „Entspannung“ so zu gebrauchen, daß er im Ergebnis nur ein deutsches „Entspannungsoffer“ zur Folge hatte. Aber diese Sache verdient eine besondere Studie.

Die Gestaltung des innerdeutschen Verhältnisses:

Kehren wir einen Augenblick speziell zum innerdeutschen Verhältnis zurück. Die Abgrenzungskampagne in der DDR strebt einem neuen Höhepunkt zu und ändert zugleich ihren Charakter. Der

Grundvertrag ist ratifiziert. Jetzt geht es der DDR-Führung vor allem darum, die Endgültigkeit dieses Vertrages hervorzuheben und zu betonen, daß es sich dabei um einen normalen völkerrechtlichen Vertrag zwischen zwei voneinander unabhängigen Staaten handle, die durch keinerlei Sonderbeziehungen miteinander verbunden seien. Auf der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED hat der Parteivorsitzende Honecker das Grundmotiv dieser neuen Phase der Abgrenzungskampagne mit folgenden Worten ausgedrückt: „Als definitive völkerrechtliche Regelung der Beziehungen zwischen zwei souveränen Staaten ist der Berliner Vertrag kein modus vivendi, und nach der Logik der Dinge gibt es darum auch keine offene deutsche Frage. Wer sich ständig darauf versteift, das Gegenteil zu behaupten, verschwendet nur Zeit.“ In Variationen ist das oft auch aggressiver zu hören; in der Ostberliner Zeitschrift „Militärwesen“ liest man eine Analyse zum Thema „Friedliche Koexistenz und die Aggressivität des BRD-Imperialismus“, in der es von der SPD-Führung heißt: Die Verträge zwischen der DDR und der Bundesrepublik und Westberlin würden so ausgelegt, als seien sie mit einer Anerkennung der ideologischen Koexistenz verbunden. Das Gegenteil sei jedoch der Fall, da die friedliche Koexistenz eine ‚zunehmende Konfrontation der sozialistischen und der bürgerlichen Ideologie‘ einschließe.

DDR will bewußt Abgrenzung

Dem bleibt eine DDR-Stimme aus New York anzufügen – eine Pressekonferenz-Erklärung des derzeitigen DDR-UNO-Beobachters Grunert: „Es sei nicht zu erwarten, daß sich zwischen der DDR und der Bundesrepublik in der UNO besonders enge Beziehungen entwickelten, denn beide gehörten unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen an. Dies sei wichtiger für die künftigen Beziehungen als das gemeinschaftliche historische und kulturelle Erbe.“ Wenn man nun daneben hält, welche durchaus verschiedenen Akzente die Minister Scheel und Winzer in Helsinki auf den Konferenzstoff setzten, so

Aus dem Inhalt

Perspektiven unserer Politik Gerhard Schröder	1
EKD-Wahlsynode in Coburg Reinhard Mumm	5
Kirchentag '73 in Düsseldorf Kurzberichte Ein Treffen zwischen Skepsis und Hoffnung – Peter Egen Nächstenliebe ein Gebot christlichen Handelns – Wilhelm Staudacher	7
Gemeindetag unter dem Wort Albert Schäfer	11

kommt das Gesagte die vorweg-
genommenen Konturen der Erleb-
nisse, die wir zu erwarten haben.
s wäre sicher falsch, wollte man
die Besuchs- und Reiseverkehrs-
konzessionen der DDR etwa als
offensiv einschätzen. Die DDR
nicht nach Einfluß in der Bundes-
republik Deutschland und wird
nicht darauf verzichten, ideologisch
offensiv zu werden — gleichgültig,
wie man die Chancen dafür im
Augenblick beurteilen mag. Die
Grundlage für die Offensive bietet
den kommunistischen Machthabern
in Ost-Berlin die Erklärung der
kommunistischen und Arbeiterpar-
teien auf der Moskauer Konferenz
des Jahres 1969, die heute nach
wie vor gültig ist. Diese Erklärung
stellt fest, daß es in Westeuropa
und in der übrigen Welt soziali-
stische und sozialdemokratische
Kräfte gibt, deren Führer sich
mehr und mehr einer sogenannten
Politik des Friedens und des Fort-
schritts öffnen. Mit diesen Führern
sollten die kommunistischen Par-
teien in der Zukunft zusammen-
arbeiten versuchen. An diese
Erklärung wird in Ost-Berlin nach-
drücklich erinnert. So jüngstens
empfehlend in dem Kommuniqué
mit dem Führer der polnischen
Kommunisten, Herrn Giereck. Der
Empfang, den Honecker am Him-
melfahrtstag für Wehner gab, paßt
mindestens äußerlich in diese Rich-
tung. So kann es eines Tages einen
sozialistischen Kernstaat deutscher
Nation geben, der in der Lage
wäre, auch die nationale Frage in
aggressiver Weise hochzuspielen.

Ich möchte nicht übersehen, daß
bei Unterzeichnung des Grundver-
trages von unserer Seite — in
Wiederholung des Vorgangs in
Moskau — der Gegenseite ein
Brief zur deutschen Einheit“ zuge-
schickt worden ist — so mager das
Protokoll“ dieser Übergabe auch
war und so wenig darüber verlau-
te; genauer gesagt: hier wenig,
übernichts. Ich bleibe bei meiner
früheren Erklärung, daß wir auf
unserer Seite solche Interpretations-
instrumente nicht mutwillig abwer-
fen sollten, da sie zu gegebener
Zeit eindrucksvoller dargestellt wer-
den könnten oder müßten. Aber es
reißt mich doch, die Opposition als naiv
anzuschätzen, wollte man anneh-
men, daß sie beim Grundvertrag
mehr Gemeinsamkeit mit der Ge-
genseite sähe, als wirklich gegeben
ist.

Was ist es aber, das der Oppo-
sition immer wieder quälend die
Frage stellen läßt: Gibt es Verein-
barungen oder Teile von Verein-
barungen, denen wir zustimmen
können? Die Antwort liegt auf der
Hand: Jede Erleichterung auch für
eine begrenzte Anzahl von Men-
schen, jeder freiere Schritt, jede
kleine Verbesserung der Kommuni-
kation rührt uns an und das aus
zwei Gründen: Zunächst der unmit-
telbar betroffenen Menschen wegen,
sodann weil selbst noch ein Schein
rücknehmbarer Zusagen befrachtet
ist mit weitreichenden Hoffnungen
vieler — hüben und drüben. Wie
könnten wir die Politik unseres
Grundgesetzes mit gutem Gewissen
betreiben, wenn wir in den Fragen
der Menschlichkeit defizitär wür-
den? Ich gestehe offen, daß es poli-
tische Versuche gibt, vielleicht

den diese Politik billigten und ihr
zustimmten. Darauf ist gelassen zu
erwidern, daß sich unsere deutsche
Interessenlage sicher in vielen,
natürlich aber nicht in allen Punk-
ten mit der ihren deckt. Wir sind
ein geteiltes Land. Ich habe das
deutsche Entspannungsoffer er-
wähnt; ich verzichte darauf, dies
weiter auszumalen.

Die USA als Garant für Europa

Zu unserer Gesamtsituation ge-
hört in erster Linie die enge Bin-
dung an die Vereinigten Staaten
und das von ihnen geführte Ver-
teidigungsbündnis. Es ist zur heuti-
gen Wertung dieser Beziehungen
wichtig, sich gegenwärtig zu halten,
daß die Vereinigten Staaten mit der
Sowjetunion seit Jahren intensiv
über die Atomwaffen sprechen, für
die sie als Supermächte eine beson-
dere Verantwortung haben. Deshalb
tut man sicher gut daran, klar zu
erkennen, daß der Besuch von
Breschnew in den USA zwischen
den Abschluß von SALT I und den
angestrebten Abschluß von SALT II
fällt. Es lohnt, das lange Kommu-
niqué über diesen Besuch zu lesen.
Das Kapitel Europa ist zwar darin
nicht so lang wie manche anderen,
aber sehr gewichtig. Es heißt dort:
„Beide Seiten bestätigen, daß die
Sicherung eines dauerhaften Frie-
dens in Europa das oberste Ziel
ihrer Politik ist.“ Das ist sicher ein
Maßstab, um die übrigen Erklärun-
gen und Vorgänge dieser Zusam-
menkunft zu messen und zu
bewerten. In Europa ist offenbar
zunächst weniger der von mir
zitierte Satz, sondern das neue
Abkommen zur Verhütung von
Atomkriegen und dessen Auswir-
kungen aufgefallen und diskutiert
worden. Die Iswestija hat es als ein
geschichtemachendes Dokument
gefeiert. Es hat Sorgen an vielen
Stellen des NATO-Bereichs aus-
gelöst, und es ist mit einiger Bitter-
keit gesagt worden, das Abkommen
entziehe der amerikanischen Bereit-
schaft, den europäischen Verbün-
deten bei einem massiven konven-
tionellen Angriff aus dem Osten mit
Kernwaffen zu Hilfe zu kommen,
den Rest noch verbliebener Glaub-
würdigkeit. Der Autor, den ich hier
zitieren, schreibt, daß fortan der
Bilateralismus zwischen Amerika

Schikanen gegen Bischof Fränkel

Die ‚DDR‘-Behörden haben dem
Bischof von Görlitz, Hans Joa-
chim Fränkel, die Teilnahme an
einem ökumenischen Treffen in
Jerusalem, zu dem die Anglika-
nische Kirche für den Herbst
dieses Jahres eingeladen hatte,
abgelehnt.

Diese Verweigerung dürfte mit
einer Rede Fränkels im März
dieses Jahres vor der Provinzial-
synode der „Evangelischen Kir-
che des Görlitzer Kirchengebie-
tes“ in Verbindung stehen. Frän-
kel hatte damals betont, daß es
der Kirche auch in einem marx-
istisch orientierten Staat nicht er-
laubt ist, sich anzupassen oder
sich dem Regime preiszugeben.

sogar geben muß, für die das
„sperare contra spem“ gilt; Ver-
suche, bei denen man lieber den
Erfolg sähe als die Bestätigung
anderer eigener kritisch-skeptischer
Einsicht.

Nun kann man nicht zu einer
Bewertung dieser Ostpolitik kom-
men, ohne einen Blick auf unsere
Gesamtsituation zu werfen. Dabei
sollten wir nicht allzu beeindruckt
sein von dem Argument, das wir oft
hören, nämlich, daß unsere Verbün-

und der Sowjetunion absolute Priorität gegenüber den multilateralen Bündnispflichten beider Mächte haben werde. Er nennt das die Dämmerung der Allianzen. Und nun der Satz, der in unsere heutige Diskussion gehört: „Vielleicht war sie nicht mehr aufzuhalten, doch sie beschleunigt zu haben, verdanken wir den Ostpolitikern in Bonn.“

Das Nixon-Breschnew-Abkommen zur Verhütung von Atomkriegen wird nun einige Tage danach in Brüssel als gegenseitige Versicherung der Supermächte interpretiert, Kriege jeglicher Art in Europa sowohl mit nuklearen als auch konventionellen Mitteln zu vermeiden. Kennzeichnend für die neue Betrachtungsweise ist das Wort Kissingers, das Abkommen sei dazu bestimmt, von vornherein Krieg zu vermeiden, und nicht zu bestimmen, wie man ihn etwa begrenzt führen könne.

Generalsekretär Luns meint jetzt, das Abkommen habe das bisherige, unkalkulierbare Risiko eines Angriffs auf Mitglieder der atlantischen Allianz für die Sowjetunion oder ihre Verbündeten keineswegs berechenbarer als bisher gemacht. Die Wirkung der Abschreckung auf den potentiellen Angreifer, die auf der Unkalkulierbarkeit atomarer Gegenwehr liege, sei durch das Abkommen nicht verringert worden. Das Abkommen habe überhaupt nichts mit dem Kriegsfall zu tun. Ein Krieg würde es hinfällig machen. Vielmehr sei es ein Abkommen, das den Ausbruch eines Krieges zu vermeiden suche. Die Konsultationsklausel verbessere den heißen Draht, der nach der Kuba-Krise zwischen dem Kreml und dem Weißen Haus hergestellt worden war.

Luns sagte ganz zutreffend, viele Europäer seien über das Abkommen zunächst schockiert gewesen. Er meint aber, ihre Bedenken und Sorgen seien unberechtigt; im Gegenteil, das neue Abkommen sei nützlich und eine Verbesserung der Lage.

Auf amerikanischer Seite wird gesagt, es handele sich bei dem Nixon-Breschnew-Abkommen weder um einen Nichtangriffspakt noch um einen Vertrag, der den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen bedeute. Es sei vielmehr ein Versuch, mit der Sowjetunion ein System gegenseitiger Schranken für das politische Verhalten zu kodifizieren. Ein solches Abkommen sei zwar nicht vor Verletzung sicher, aber das Überschreiten der Schranken werde durch ein solches Abkommen erschwert. Das Abkommen sei als ein Beitrag zur Stabilisierung des Ost-West-Verhältnisses zu bewerten.

Gleichzeitig warnte der amerikanische Sprecher aber vor einem Nachlassen der militärischen Anstrengungen im Bündnis. Militärische Schwäche auf westlicher Seite, sei es in Amerika, sei es in Europa, hätte destabilisierende Wirkungen. Die nukleare Abschreckung müsse aufrechterhalten werden wie die konventionelle Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses. Diese sei aber besonders wichtig geworden, seit zwischen den Supermächten nukleare Parität erreicht worden sei.

Unter den europäischen Verbündeten setzt sich wohl die Ansicht durch, daß die europäische Reaktion auf das Abkommen von dem Interesse beherrscht sein müsse, die amerikanische Präsenz in Europa so lange und so hoch wie möglich aufrechtzuerhalten und nichts zu tun, was – sei es aus Enttäuschung oder im Wege einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung – den Weg in die Neutralisierung Mitteleuropas öffnen könne. Es wird hervorgehoben, daß Amerika den Beziehungen zu seinen Verbündeten nach wie vor höhere Priorität einräume als denen zur anderen Supermacht.

Ich bin sicher, daß die Diskussion in Europa nicht abreißen wird, ob die nukleare Garantie der Vereinigten Staaten nach wie vor außer Zweifel ist. Alle als mögliche Alternativen angebotenen europäischen Lösungen (qualitative Verbesserung der konventionellen Waffen, Stärkung der Eurogroup in der NATO, Zusammenarbeit der französischen und britischen Nuklear-Streitkräfte, Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Beschleunigung der Politischen Union einschl.

ihrer Verteidigungsfähigkeit) sind ganz lehrreiche Diskussionsthemen. Von der Wirklichkeit sind sie weit entfernt, wenn ich einmal von der qualitativen Verbesserung der vorhandenen Mittel und ihrer rationelleren gemeinsamen Herstellung und Verwendung absehen darf.

Die amerikanische Präsenz in Europa (Deutschland) ist offenbar der Eckstein unserer Sicherheit. Das Abkommen über den Devisenausgleich zwischen den USA und uns ist am 30. Juni abgelaufen. Wann, wie und für wie lange wird es erneuert werden? Die Währungs-, Wirtschafts- und Handelsprobleme zwischen den USA und Europa sind ungelöst, aber dringlich und dringlicher. Haben wir eine richtige Reihenfolge unserer Prioritäten? Diese Fragen müssen wir, wie ich glaube, sehr besorgt stellen. Die Deklarationen der 35 Nationen in Helsinki sind uns allen im Ohr. Aber täuschen wir uns nicht und sehen wir klar: Jedes Stückchen, das die USA aus Europa gehen oder gedrängt werden, ist eine gewaltige Machtverschiebung zugunsten des militärischen Riesen, der Sowjetunion.

Sicherheit und Freiheit als Einheit

Erlauben Sie mir nur wenige Bemerkungen zum Schluß. Wir sind uns darüber klar in diesem Kreis, daß Sicherheit und Freiheit eng zusammengehören. Deshalb möchte ich der neuen Ostpolitik mit der Losung Wandel durch Annäherung einige Fragen stellen:

1. Hat sie unsere Sicherheit vermehrt?
2. Hat sie unsere Freiheit vermehrt?
3. Hat sie deutsche Substanz erhalten und gemehrt?

Sicher, ein endgültiges Urteil darüber erbringt nicht unsere Diskussion hier. Die Geschichte wird es sprechen oder registrieren. Vielleicht können wir uns aber darauf einigen, daß wir Sicherheit brauchen zur Entwicklung und Entfaltung in Freiheit – und daß wir in unserem Land für die Entwicklung und die Entfaltung der Freiheit viel mehr leisten müssen.

EKD-Wahlsynode in Coburg

Reinhard Mumm

Die neugewählte Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland trat zu ihrer ersten Tagung vom 28. Mai bis zum 2. Juni in Coburg zusammen. Damit war eine Stadt gewählt, die nach drei Seiten hin von den Grenzen zur DDR umgeben ist. Gerade weil man in Coburg ständig an den anderen Teil Deutschlands erinnert wird, war es erfreulich, daß zum erstenmal wieder ein Vertreter des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR offiziell an der Synode teilnehmen konnte.

Diese neue Synode hat einen neuen Rat und damit das maßgebende Leitungsorgan der EKD gewählt. Dem komplizierten Verfahren, das eine Zweidrittel-Mehrheit für jeden Gewählten erfordert, waren mehrere Tage gewidmet. Das erste Ratsmitglied stand fest, als die Synode den vierzigjährigen Bonner Rechtsanwalt Cornelius Adalbert Freiherr von Heyl zu ihrem Präses in der Nachfolge von Prof. Dr. L. Raiser (Tübingen) bestimmte. Cornelius von Heyl ist als Präsident der Aktionsgemeinschaft für Familienfragen wiederholt hervorgetreten.

Weiter gelangten in den Rat aus Nordrhein-Westfalen die Präses Immer (Düsseldorf) und Thimme (Bielefeld), Dr. Richard v. Weizsäcker, MdB, der neue reformierte Moderator Prof. Dr. Esser und die Leiterin des Schulkollegiums Schneider, beide aus Münster. Aus den norddeutschen Kirchen stammen die Bischöfe Lohse (Hannover), Petersen (Schleswig) und Harms (Oldenburg). Berlin entsandte noch einmal Bischof Scharf. Die übrigen Landschaften sind vertreten durch Kirchenpräsident Hild (Darmstadt), Landesbischof Class (Stuttgart), den juristischen Oberkirchenrat Dr. Hofmann (München), Prof. Dr. Lohff (Göttingen) und Geschäftsführer Dr. Müller (Marburg). Der Rat besteht somit zu zwei Dritteln aus neuen Mitgliedern. Den Wahlakt vollzogen die Synode, die auf dem Weg über die Landes-

synoden gebildet wird, und die Kirchenkonferenz, die etwa dem Bundesrat im staatlichen Bereich vergleichbar ist, gemeinsam. Sie bestimmten zum Ratsvorsitzenden den württembergischen Landesbischof D. theol. h. c. Helmut Class, sein Stellvertreter wurde Kirchenpräsident Helmut Hild.

Auf den jeweiligen Ratsvorsitzenden richten sich große Erwartungen. Man muß freilich wissen, daß er nur über geringe rechtliche Möglichkeiten verfügt. Um so größer ist die Aufgabe, die weite Spanne zwischen der gegebenen Rechtsgrundlage und der weitreichenden Erwartung auszufüllen.

Letzter Bericht von Bischof Dietzfelbinger

Es ging aber nicht nur um Wahlen in der alten Herzogstadt, nahe der Grenze zwischen Bayern und Thüringen. Der scheidende Ratsvorsitzende, Landesbischof Dietzfelbinger, erstattete noch einmal einen zusammenfassenden Bericht über die sechs Jahre seiner Amtszeit. Mit tiefem Ernst erinnerte er an den Schmerz der erzwungenen organisatorischen Abspaltung der Landeskirchen in der DDR 1969/70 und an die inneren Kämpfe und Unsicherheiten, die den Kirchen zu schaffen machen. Er legte der neuen Synode ans Herz, sich vorzüglich den grundlegenden Fragen des Glaubens, der Mission und der diakonischen Hilfe zuzuwenden. Ähnliche Töne waren von anderen Mitgliedern der Synode zu hören. Freilich spürte man auch die Gefahr, sich zu viel vorzunehmen und einer Synode mehr zuzumuten, als sie leisten kann. Die auf Synoden üblichen und immer feiner ausgebauten parlamentarischen Spielregeln verführen zu der Meinung, Synoden hätten dieselben Aufgaben wie politische Parlamente. Synoden

aber tun gut daran, abgesehen von ihren in der Verfassung gegebenen Pflichten, die bereits genug Zeit und Kraft erfordern, sich auf ihre geistlichen Aufgaben zu konzentrieren.

Das geschah in Coburg beispielhaft durch den Bericht über weltanschauliche und religiöse Strömungen in der Gegenwart, den Pfarrer Aichelin (Stuttgart) als Leiter der Zentralstelle für Weltanschauungsfragen vortrug. Er entfaltete ein großartiges Bild von der verwirrenden Vielfalt, die sich hier darbietet. Gerade weil unser Zeitalter Verstand und Technik so betont, meiden sich die vergessenen und unterdrückten seelischen Kräfte von neuem. Da aber die Kirchen nicht mehr die Kraft finden, das ganze Volk zusammenzuschließen, üben die verschiedensten Lehren und Kulte eine starke Anziehungskraft aus. Auch die politischen Unternehmungen und Ziele werden bei jungen Menschen weiterhin mehr durch Emotionen gesteuert als durch realistische Überlegungen. In dieser Lage haben die Kirchen die Aufgabe, noch einmal ganz von vorn zu beginnen.

Werden sie das versuchen? Einiges in dieser Richtung ist im Gang. Bekennende Gruppen und Gemeinschaften sammeln ältere und junge Menschen zu Tausenden. Gleichzeitig mit der Coburger Synode hielten sie einen großen Gemeindegottesdienst in der Dortmunder Westfalenhalle. In vielen Gemeinden der Städte und Dörfer geschieht treue Arbeit im Gottesdienst, in der Seelsorge und auf andere Weise. Kommunitäten und weitere Häuser der Einkehr bilden geistliche Lebenszentren. Doch die Klage will nicht verstummen, daß die Kirchen mit zu vielen Unternehmungen beschäftigt sind, die sie in die verschiedensten Richtungen ziehen, in der Mitte aber zu entleeren drohen. Was können und sollen Gremien einer übergreifenden Organisation, wie sie die EKD darstellt, in dieser Lage tun?

Neue Aufgaben für den Rat

Zunächst werden Rat und Synode das fortzusetzen haben, was angefangen ist. Die neue Grundordnung, die seit 1970 angestrebt wird (jetzt liegt der 4. Entwurf vor), muß zu Ende verhandelt werden. Zahlreiche organisatorische, rechtliche und finanzielle Fragen sind damit verbunden. Ob und wie weit es dadurch zu einer besseren Zusammenarbeit kommt, muß sich zeigen. Die EKD wird auf dem ökumenischen Feld gefordert. Die zweite Fassung einer Konkordie der reformatorischen Kirchen in Europa, bekannt unter dem Namen „Leuenberger Konkordie“, liegt vor und wartet auf eine abschließende Beratung und Annahme, soweit das möglich ist. Das Verhältnis zur katholischen Kirche sucht auf allen

Ebenen seine rechte Gestalt und Wirksamkeit. Mit dem Genfer Ökumenischen Rat gibt es fruchtbare Gemeinsamkeiten, aber auch Spannungen. Es ist nicht möglich, den reichen Katalog an Aufgaben in der Diakonie, der Mission, dem Entwicklungsdienst und gegenüber der Öffentlichkeit bis in die Politik hinein hier zu entfalten.

Über dies alles hinaus ist aber eins vonnöten, was in Coburg mehrfach anklang: Die EKD braucht eine intensive Nähe zu den Gemeinden und den Christen, die diese Gemeinden bilden. Dachorganisationen sind in Gefahr, den Kontakt mit der Basis zu verlieren. Sie sind teils mit sich selbst beschäftigt oder mit Grundsatzserklärungen und gut gemeinten Worten. Das findet aber nur geringen Widerhall bei den Menschen, die nach dem rechten Halt und Sinn ihres Lebens suchen. Darum kann man den Män-

nern und Frauen, die jetzt eine neue Verantwortung für die EKD übernommen haben, nur wünschen, es möge ihnen gelingen, die notwendige Nähe zu den Gemeinden und den Menschen zu finden, die auf ihre Fragen die Antwort des Glaubens erwarten und eine begleitende Hilfe in den Problemen ihres Alltags. Dazu bedarf es einer einfachen, verständlichen und gehaltvollen Sprache und einer kräftigen Verbindung mit der Wirklichkeit Gottes, die uns in Jesus Christus begegnet. Von den vielen Dingen und Aufgaben, die auch nötig sind, müssen wir neu zu dem Einen gelangen, was not tut. Geschieht das, so wird es nicht an der Bereitschaft fehlen, sich an den weitreichenden Diensten für die ganze Menschheit, besonders für die Unterdrückten und Verfolgten, zu beteiligen.

Politik aus christlicher Verantwortung

Zum 100. Geburtstag des christlich-sozialen Politikers D. Reinhard Mumm

Am 25. Juli sind 100 Jahre vergangen, daß Reinhard Mumm in Düsseldorf, der Stadt des diesjährigen Kirchentages, geboren wurde. Sein Weg führte ihn nach seiner Studienzeit in Bonn, Halle (Saale), Berlin und Utrecht in die christlich-soziale Bewegung Adolf Stöckers. Durch seine Ehe mit der Nichte und Pögetochter des Hofpredigers und Leiters der Berliner Stadtmission, Elisabeth Köhler, trat er mit Stöcker auch in eine familiäre Beziehung.

Reinhard Mumm war jahrzehntelang tätig als Generalsekretär der freien kirchl.-soz. Konferenz, des späteren Kirchl.-Soz. Bundes. Bekannt geworden ist er vor allem als Reichstagsabgeordneter des Siegerlandes (Westfalen-Süd) in den höchst wechselvollen Jahren 1912 bis 1932. Nach dem ersten Weltkrieg schlossen sich die Christlich-Sozialen der Deutschnationalen

Volkspartei an, verfolgten aber stets ihre besondere Linie. Das trat deutlich hervor, als 1929 unter Hugenburgs Führung der Kurs der Partei auf ein Bündnis mit den Nationalsozialisten zusteuerte. D. Mumm und seine Freunde gründeten damals den Christlich-Sozialen Volksdienst und unterstützten Reichskanzler Brüning. Den tragischen Bruch zwischen Hindenburg und Brüning hat Mumm noch mit tiefer Sorge erlebt, ehe er 1932, erst 59 Jahre alt, seinem Herzleiden erlag.

In seinem nachgelassenen Buch „Der christlich-soziale Gedanke“ (Eberlin 1933) schreibt der Theologe und Politiker: „Politik vom evangelischen Gesichtspunkt aus erfordert ein Dreifaches: Zunächst muß man Ernst machen mit dem Wort des Evangeliums und es nicht nur als Dekoration ansehen. Zum zweiten muß man wie jeder Verflachung

so auch jeder Verengung wehren, die ganz gegen den Geist des Neuen Testaments aus dem Evangelium Gesetz machen will, und zum dritten muß man das politische Gebiet wirklich kennen bis zu einem gewissen Grad, seine Kunst und Technik wirklich übersehen.“

Der katholische Sozialpolitiker Reichsarbeitsminister a. D. Adam Stegerwald sagte über D. theol. h. c. Mumm: „Sein Name bleibt mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung unauflöslich verbunden“, und die Presse seiner Gegner urteilte: „Seine Verdienste um die Sozialpolitik, für deren Durchsetzung er gegen harte Widerstände eintrat, sollen anerkannt werden.“ Reinhard Mumm hat in schwierigen Zeiten eine Politik aus christlicher Verantwortung vertreten, die auch heute grundeätzlich und praktisch als Beispiel und Vorbild dienen kann.

Kirchentag '73

Düsseldorf: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hatte zum Engagement für den diesjährigen Deutschen Evangelischen Kirchentag aufgerufen. Durch eine Reihe von Presseerklärungen, die in Düsseldorf durch den Evangelischen Arbeitskreis abgegeben wurden, ließ der Arbeitskreis sich nicht mehr übersehen. Wir wissen zwar über den Ärger mancher, daß wir da waren — aber man wird sich daran gewöhnen müssen: Auch in Zukunft werden die Unionsprotestanten aktiver im vopolitischen kirchlichen Bereich dabei sein. Wir sind bereit, uns fair mit politisch Andersdenkenden auseinanderzusetzen — nur werden wir das Feld nicht stillschweigend räumen, im Gegenteil, unsere Präsenz wird zunehmen, denn der Dialog kann nur dort stattfinden, wo die Pluralität der Meinungen gewährleistet ist.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU diskutiert am Rande des Kirchentages

Auf einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU stellten sich Politiker der Unionsparteien am Rande des Deutschen Evangelischen Kirchentages '73 den kritischen Fragen der Kirchentagsbesucher. Im Rahmen eines ersten Diskussionsabschnittes wurden überwiegend Fragen aus dem direkten Bereich der Unionsparteien diskutiert — im zweiten Abschnitt entspann sich dann ein lebhaftes Gespräch über die Einstellung des Evangelischen Arbeitskreises zu den auf dem Kirchentag behandelten Fragen.

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Gerhard Schröder, MdB, begründete die engagierte Teilnahme mit dem Hinweis: „Wir wollen ermutigt werden und andere ermutigen.“ Schröder stellte darüber hinaus besonders die Wichtigkeit der gesellschaftspolitischen Probleme in den Vordergrund.

Der Diskussionsabend mit etwa 400 Besuchern fand seinen Höhepunkt in der Frage nach dem Verständnis des „C“ in der Politik. Dieses „C“ ist nach den Worten des Bundestagsabgeordneten Dr. Waffenschmidt — Mitglied der Rheinischen Landeskirchenleitung — eine Verpflichtung zur Wahrung der

Freiheit des einzelnen gegen sozialistische Verbürokratisierung. In diesem Zusammenhang wurden auch die freien Kräfte in der Gesellschaft zur Aktivierung ihres Engagements aufgefordert. Waffenschmidt nannte insbesondere die Problembereiche Jugendhilfe, Verbesserung der Situation des Kindes sowie der Gastarbeiter.

Dr. Jürgen Todenhöfer, MdB, einer der entwicklungspolitischen Sprecher der CDU/CSU, forderte, daß die zur Zeit konjunkturell stillgelegten Gelder in der Dritten Welt für multi- und bilaterale Projekthilfe gegeben werden sollten. Darüber hinaus setzte er sich mit Nachdruck für eine Verstärkung der Nahrungsmittelhilfe für die von Dürrekatastrophen heimgesuchten Länder Nordafrikas ein.

Dr. Schröder begründete die engagierte Teilnahme der Unionspolitiker an diesem Kirchentag mit dem Hinweis, daß alle Parteien zur Teilnahme eingeladen worden waren.

Die Fragen wurden beantwortet von den Unionspolitikern: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL; Heinrich Köppler, MdL; Gerd Langguth, RCDS-Bundesvorsitzender; Dr. Jürgen Todenhöfer, MdB; Dr. Horst Waffenschmidt, MdB; Dr. Helga Wex, MdB.

Zuvor hatten unter Vorsitz von Dr. Schröder die Mitglieder des Bundesvorstandes und des Bundes-

arbeitskreises des EAK auf einer Sitzung über Fragen des Evangelischen Kirchentages und die Vorbereitung der EAK-Bundestagung vom 7.—9. September in München beraten, die unter dem Leitthema „Wie wir morgen leben wollen“ stattfand.

Dollinger: Das „C“ verpflichtet

Das Engagement und die bohrenden Fragen der so zahlreichen auf dem Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf erschienenen jungen Generation ist nach den Worten des stellvertretenden Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Dr. Werner Dollinger, besonders bemerkenswert. Dr. Dollinger sieht vor allem in der Tatsache, daß die Arbeitskreise, die sich mit Glaubensfragen und Formen des Gottesdienstes beschäftigen, besonderen Zulauf haben, einen Hinweis darauf, daß die junge Generation verstärkt „nach dem Sinn des Lebens“ fragt. Diese Tatsache, so meint Dr. Dollinger, ist auch für die Arbeit der Parteien bemerkenswert.

Der Evangelische Arbeitskreis der Union, der sich auf einer Sonderveranstaltung der Diskussion mit Kirchentagssteilnehmern gestellt hatte, beabsichtigt nach den Worten seines stellvertretenden Vorsitzenden — nicht zuletzt aufgrund der

auf dem Kirchentag gesammelten Erfahrungen — verstärkt das Gespräch mit den Arbeitnehmern und der jungen Generation zu suchen. Dr. Dollinger wies in diesem Zusammenhang auf die bevorstehende Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises vom 7. bis 9. September 1973 in München hin, die unter dem Motto „Wie wir morgen leben wollen“ steht. Der Kirchentag habe bewiesen, daß die Union sich das „C“ nicht in Frage stellen lassen darf. Dieses „C“ verpflichte sie vielmehr stärker als bisher.

Zu dem von der Öffentlichkeit in diesem Jahr besonders registrierten Auftreten des Evangelischen Arbeitskreises während des Kirchentages sagte Dr. Dollinger: „Wir waren auf allen Kirchentagen als Diskussionspartner vertreten und sind ständig im kirchlichen Bereich engagiert. Wenn es in diesem Jahr besonders auffällt, so liegt es daran, daß die anderen Parteien der Einladung des Präsidiums des DEKT nicht gefolgt sind. Wir haben durch unser Engagement einen Beitrag zum Pluralismus innerhalb der Kirche geleistet und damit gleichzeitig verhindert, daß dieser Kirchentag — wie in Stuttgart — einseitige politische Akzente erhält.“

Köppler vor dem Deutschen Evangelischen Kirchentag

In der Arbeitsgruppe 6 des Deutschen Evangelischen Kirchentages stellte der Landesvorsitzende der CDU des Rheinlandes, Heinrich Köppler, die Notwendigkeit und die Möglichkeiten entwicklungspolitischer Bewußtseinsbildung in den Parteien dar. Nach wie vor werde in der Praxis der Parteien den Problemen der Entwicklungsländer und der Entwicklungshilfe ein zu geringer Stellenwert beigemessen. Er selbst und seine Freunde verstünden sich als eine Art „Pressure Group“ für Entwicklungspolitik in ihrer Partei. Heinrich Köppler erläuterte

im einzelnen, auf welchen Gebieten eine Bewußtseinsänderung der Bevölkerung angestrebt werden muß.

Zunächst geht es um eine fühlbare Erhöhung der Leistungen aller Träger von Entwicklungshilfe. Die staatlichen Leistungen haben sich im vergangenen Jahr am weitesten von dem international festgelegten Ziel entfernt, Haushaltsmittel in Höhe von mindestens 0,7% des Bruttosozialproduktes für Zwecke der Entwicklungshilfe abzugeben. Die öffentlichen Leistungen liegen demgegenüber zur Zeit bei 0,3%. Hier muß und kann in den nächsten Jahren sehr viel mehr getan werden. Aber auch die Hilfe der Kirchen wird in Zukunft gesteigert werden müssen. Heinrich Köppler bekundete wenig Verständnis für die Pläne zur Senkung der Kirchensteuer. Nach seiner Meinung sollten die Kirchen die in den nächsten Jahren anfallenden Steuermehreinnahmen voll den Entwicklungsländern zugute kommen lassen.

Andererseits sollten wir bei der Hilfe der Entwicklungsländer nationalen Ehrgeiz aus dem Spiel lassen. Wir dürfen nach den Worten Köpplers unsere Leistungen nicht davon abhängig machen, daß sie voll und ganz mit unseren eigenen Zielen und Vorstellungen übereinstimmen.

Die Entscheidung über den Weg, auf dem sie ihre Entwicklung vorantreiben wollen, muß allein unseren Partnern überlassen werden. Das „Selbstbestimmungsrecht“ hat auch in der Entwicklungshilfe zu gelten.

Schließlich muß nach Auffassung von Heinrich Köppler mit der Entwicklungshilfe vor der eigenen Haustür begonnen werden. In unserem Lande leben und arbeiten Millionen Ausländer, die wir noch keineswegs als Mitbürger ansehen und behandeln. Wenn wir die Partnerschaft mit diesen Menschen ernst nehmen, hat jeder von uns in seinem persönlichen Verhalten und der Gesetzgeber unverzüglich Konsequenzen zu ziehen.

Heinrich Köppler appellierte zum Schluß an die Kirchentagsteilnehmer, im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinzuwirken, daß die Entwicklungshilfe einen ihrer Notwendigkeit und Dringlichkeit gemäßen Platz im Bewußtsein der Öffentlichkeit erhält.

EAK-Antrag abgelehnt

Ein Antrag von Vertretern des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU wurde im Arbeitskreis 6 (Mission und Entwicklung) von den Diskussionsteilnehmern vollinhaltlich unterstützt. Kurz vor der Abstimmung wurde plötzlich die Ablehnung dieses Antrages beantragt mit der Begründung, er sei parteipolitisch. Der Antrag wurde daraufhin abgelehnt.

Er hat folgenden Wortlaut:

„Die Bundes- und Landesregierungen werden aufgefordert, einen Kabinettsbeschluß über ein Programm herbeizuführen, das die unmittelbar mit unserer Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland verbundenen Ausländerfragen anspricht und Lösungsmöglichkeiten aufzeigt.“

Folgende Problemkreise sind dabei zu berücksichtigen:

a) Das Verhältnis gesellschaftlicher Einrichtungen, wie Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaft, Verbände usw. zu den Ausländern, die unter uns in der Bundesrepublik Deutschland leben.

b) Praktikanten, Fach- und Führungskräfte, insbesondere aus Entwicklungsländern, die zur Aus- und Fortbildung in der Bundesrepublik Deutschland weilen.

c) Ausländische Studenten, die an deutschen Fach- und Hochschulen studieren.

d) Ausländische Arbeitnehmer, die für längere Zeit oder für immer in den Arbeitsprozeß in der Bundesrepublik Deutschland eingegliedert sind.

e) Darüber hinaus wäre auch festzustellen, wie unsere Gesellschaft auf den weltpolitischen Strukturwandel vorbereitet werden kann.

Begründung:

Die Bewährungsprobe für unsere Gesellschaft, für eine Partnerschaft, wie wir sie sehen, findet unmittelbar bei uns zu Hause in der Bundesrepublik Deutschland statt. Die Bewährung haben wir bisher nicht bestanden. Wir betrachten unsere Gäste aus Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa meist nur als Außenseiter unserer Gesellschaft. Wir nehmen sie weder am Arbeitsplatz, noch in der Ausbildung, noch in unserem allgemeinen gesellschaftlichen Leben ernst.“

Kirchentag '73 in Düsseldorf

Ein Treffen zwischen Skepsis und Hoffnung

Peter Egen

Als der Schlußgottesdienst des 15. Deutschen Evangelischen Kirchentages im Düsseldorfer Rheinstadion mehr als 20 000 Christen vereinte und Kirchentagspräsident Heinz Zahrt die Gläubigen aufrief, die Bibel nicht als Lehrbuch für alte und neue Orthodoxien, sondern als Lebensbuch zu verstehen, wurde deutlich, daß der Kirchentag auch in Zukunft lebt.

Skepsis und Unbehagen hatten die Vorbereitungen des diesjährigen Deutschen Evangelischen Kirchentages ausgezeichnet — zu vielen waren noch die Ereignisse des Stuttgarter Kirchentages von 1969 in Erinnerung, als Intoleranz der politischen Linken und Ohnmächtigkeit der Kirchentagsleitung das Stuttgarter Treffen in eine tiefe Krise stürzten. Und ein nicht unbeachtlicher Teil evangelischer Christen aus den einzelnen Landeskirchen — insbesondere aus dem pietistischen Bereich — hatte von Anfang an seine Teilnahme aufgrund großer Vorbehalte wegen einer zu starken Ideologisierung des diesjährigen Kirchentages ausgeschlossen.

Pluralität weitgehend gewahrt

So hielt denn dieses Treffen der evangelischen Christenheit zahlenmäßig keinem Vergleich mit den früheren Kirchentagen stand — doch eines muß festgestellt werden: Die befürchtete Konfrontation blieb aus — der Dialog zwischen unterschiedlichen Auffassungen wurde sachlich und weitgehend fair ausgetragen. Die Pluralität kam insbesondere in denjenigen Arbeitsgruppen voll zum Tragen, in denen gesellschaftspolitisch kontrovers diskutiert wurde. Als Heinrich Köppler in der Arbeitsgruppe „Mission und Entwicklung“ die entwicklungspolitischen Vorstellungen der CDU darlegte, sparten auch politisch Andersdenkende nicht mit

Beifall; dies alles wäre 1969 in Stuttgart nicht möglich gewesen.

Dies zeigt, daß der Kirchentag vielleicht doch wieder auf dem Weg ist, in unserer pluralistischen Gesellschaft einen jener Leerbereiche auszufüllen, die es überall dort gibt, wo die Verhärtung der geistigen — und aber auch geistlichen Fronten — kein Gespräch in gegenseitiger Verantwortung mehr zulassen.

Hier liegt eine der Hauptaufgaben des Kirchentages für die Zukunft: Die Chance, zur Reflektion von Ideen und Gedanken in einer rastlosen Zeit beizutragen, wobei es mehr denn je darauf ankommen müßte, die Freiheit des einzelnen gegenüber dem wachsenden Allmachtsanspruch von Institutionen und Verbänden zu schützen.

Unausbleiblich wird hierzu auch das stärkere Zusammenfinden evangelischer und katholischer Christen gehören, wie Bernhard Vogel es für das Zentralkomitee Deutscher Katholiken in seinem Grußwort unterstrich, als er von einem gemeinsamen Brückenbau sprach, der notwendig sei. Dieser Brückenbau sollte zur Basis des ökumenischen Zusammenfindens von Christen beider Konfessionen werden. Der Arbeitskreis „Ökumene“ hat dazu in Düsseldorf konkrete Vorschläge vorgelegt, nach denen u. a. das Abendmahl jeder Kirche für alle Christen als Gäste offenstehen soll.

Der Kirchentag als wesentlicher Bestandteil für die Neuordnung des deutschen Protestantismus — davon war in Düsseldorf genausowenig zu spüren, wie von der einst gesamtdeutschen Klammer, die den Kirchentag über viele Jahre hinweg auszeichnete. Längst vergessen sind die Begegnungen auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag zu Beginn der 50er Jahre in Leipzig, als Hermann Ehlers mit Spitzenpolitikern aus dem anderen Teil Deutschlands zusammentraf.

Peinlich für die Düsseldorfer Veranstalter war es, die Realität des Grundvertrages in DDR-Ausführung

zu erleben: Kirchenvertreter aus der DDR erhielten von Ost-Berlin keine Ausreisegenehmigung. Das Kirchentagspräsidium ging mit Schweigen über dieses Mißgeschick hinweg, das wieder einmal deutlich zeigte, wie weit der Weg zu einer echten Entspannung in Deutschland noch ist.

SPD vergaß Kirchentag

Das Interesse der politischen Parteien am diesjährigen Kirchentag war unterschiedlich; das Präsidium des Kirchentages konnte kein Grußtelegramm des Bundeskanzlers oder der Bundesregierung vorweisen — die SPD hatte den Kirchentag vergessen: ein aufschlußreicher Vorgang für Kenner der Szenerie.

Starke Präsenz aus dem CDU/CSU-Bereich

Um so auffälliger war dafür das Engagement der Unionsprotestanten; drei Gründe lassen sich hierfür anführen:

1. Die Union mißt dem Dialog mit den evangelischen Christen eine besondere Bedeutung bei; die Gespräche sowie die Ergebnisse des Kirchentages haben daher die Möglichkeit, zur gesellschaftspolitischen Bewußtseinsbildung unserer Politiker einen spezifischen Beitrag zu leisten.

2. Die Kirche sollte das Engagement der aus dem Bereich der Union stammenden Politiker als einen weiteren Beweis dafür werten, daß CDU und CSU das Gespräch mit den Vertretern der Kirchen und ihrer Institutionen suchen.

3. Evangelische Christen, die politisch zur Union gehören oder ihr nahestehen, sollten wissen, daß sie in Düsseldorf nicht allein waren.

So bleibt die Hoffnung, daß dieser Kirchentag Zeichen setzt für

das Selbstverständnis des Protestantismus, daß von ihm Impulse ausgehen, die mit dazu beitragen, daß draußen im Lande die Kirche jene Lebendigkeit zurückerhält, die sie oft auszeichnete.

Düsseldorf als Chance für den DEKT

Das starke Engagement gerade der jungen Generation in Düsseldorf mit dem Versuch, neue Gemeinschaftsformen zu finden – wie

es insbesondere das Schalom-Forum und die Liturgische Nacht darstellten – lassen den Schluß zu, daß in der Diskussion – auch mit den Gegnern des diesjährigen Kirchentages – Düsseldorf als Korrektivfunktion einen besonderen Stellenwert zuerkannt haben muß. Die Meinung, daß die zentrale Frage nach dem Glauben unterbewertet werden könne, wird am besten durch die große Zuhörerzahl beim Arbeitskreis über „Glaubensfragen“ widerlegt.

Düsseldorf bot eine Chance für den weiteren Weg des Kirchen-

tages – die Frage nach dem Sinn des Lebens, so formulierte es der Unionspolitiker und Synodale Dr. Werner Dollinger, wird besonders durch die junge Generation verstärkt gestellt.

Die Erörterung dieser Frage aber sollte allen Christen gemeinsam – innerhalb und außerhalb von Kirchentagen – aufgetragen sein, denn nur so können die Kirchen jene Kraft gewinnen, die zur Überwindung der Gefahren von innen und außen erforderlich ist.

Nächstenliebe ein Gebot christlichen Handelns

Ein Negativbeispiel vom Evangelischen Kirchentag als Anstoß auch zur Selbstbesinnung

Wilhelm Staudacher

Auf dem Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf ereignete sich in der Arbeitsgruppe „Glauben“ ein Vorfall, der so bedenklich ist, daß er nicht unerwähnt bleiben soll.

Auf die sinngemäße Frage eines Kirchentagsbesuchers, ob die Tötung von Menschen durch russische Bomben nicht ebenso verwerflich sei, wie die Tötung durch amerikanische Bomben, antwortete die Kölner Theologin Dorothee Steffensky-Sölle, die amerikanischen Bomben seien deshalb verwerflicher, weil die Amerikaner in entsetzlicher Konsequenz die Tötung von Menschen durch Bomben durchtechnisiert hätten, während die „normalen“ russischen Bomben in erster Linie der Zerstörung von Sachen dienten. So hätten die Amerikaner beispielsweise Bomben hergestellt, denen Plastikteilchen beigefügt werden, die auf dem Röntgenschirm des Arztes nicht sichtbar werden und so ohne Rettungsmöglichkeit zum langsamen und qualvollen Tod der Verwundeten führten.

Frau Steffensky-Sölle hat sicher recht, wenn sie die Unmenschlichkeit anprangert, die in solchen zur Perfektion durchtechnisierten Tötungsmitteln liegt; es ist jedoch erschreckend, wenn solche Gründe angeführt werden, um das Töten

von Menschen durch die andere Seite zu „rechtfertigen“. Ich will hier nicht weiter auf dieses Argument von Frau Steffensky-Sölle eingehen. Man muß sich jedoch die Frage stellen, wie es möglich ist, daß jemand vom intellektuellen Niveau einer Frau Steffensky-Sölle zu solcher Argumentation greift.

Es mag sein, daß daran die grauenhaften Zustände schuld sind, die sie bei ihrem Besuch in Vietnam angetroffen hat. Dies würde allerdings nur ihr leidenschaftliches Engagement erklären, nicht aber die vorgebrachte fragwürdige Differenzierung rechtfertigen.

Ich vermute, daß Frau Steffensky-Sölle sich in einer Lage befindet, wo schon geringste Kritik zu extremen Reaktionen führt. Der Grund hierfür liegt möglicherweise in der gegenwärtigen, beängstigenden Polarisierung der kirchlichen, politischen und sozialen Wirklichkeit.

In dieser Situation, in der nur noch die Vernichtung des „Gegners“ angestrebt wird, in der Intoleranz und gegenseitige Diffamierung die Diskussion abgelöst haben, ist eine Besinnung auf das eigene moralisch-sittliche Selbstverständnis unmöglich. Nur vor einem solchen Hintergrund ist es

möglich, daß ein Resolutionsantrag des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU auf dem Kirchentag zur Verbesserung der Lage der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik zwar von der Mehrzahl der Diskutierenden inhaltlich voll bejaht, trotzdem aber abgelehnt wurde, „weil er von der CDU kam“ (Wortlaut des abgelehnten EAK-Antrags siehe Seite 8).

Insofern sollte der obige Vorfall allen in der Auseinandersetzung im kirchlichen, politischen und gesellschaftlichen Bereich Stehenden Anlaß sein, überall in ihrem Wirkungsbereich bestehende Konfrontationen abzubauen und aus christlicher Verantwortung die eigenen geistigen Grundlagen permanent radikal in Frage zu stellen. Auch eine „christliche Ideologie“ führt zur Erstarrung der politischen Fronten und zur Blindheit vor den tatsächlichen gesellschaftlichen Gegebenheiten. Politik aus christlicher Verantwortung kann immer nur eine Politik praktizierter Mitmenschlichkeit sein. Ideologisierung, starres Freund-Feinddenken und fragwürdige Zweck-Mittelrelationen verstoßen gegen das Gebot christlicher Nächstenliebe! Wir alle sind aufgerufen, diese Grundsätze in unserem täglichen Leben zu beachten.

„Gemeindetag unter dem Wort“

Himmelfahrtstag 1973 in Dortmund

Albert Schäfer

Viele Leser der „Evangelischen Verantwortung“ besuchten am Himmelfahrtstag '73 den „Gemeindetag unter dem Wort“, der in Dortmund stattfand. Wir wollen hier nicht auf die Diskrepanzen zwischen dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages und der Bekenntnisbewegung eingehen, wir wollen auch nicht von Konkurrenzunternehmen sprechen, da uns hierfür die Anliegen beider Seiten viel zu ernst sind. Wir haben Pfarrer Albert Schäfer aus Wemlighausen gebeten, uns seine Eindrücke von dem Dortmunder Treffen zu schildern, damit auch jene Leser von uns, die bei dem Gemeindetag nicht anwesend waren, über das Leitthema der Tagung „Welch ein Herr — Welch ein Auftrag“ hinaus erfahren, was in Dortmund geschah.

Theologische Gründe bewogen mich, zum „Gemeindetag unter dem Wort“ der Bekenntnisbewegung „Kein ander Evangelium“ nach Dortmund zu fahren. Ich wollte aus erster Hand erfahren, wie es sich mit der aus verschiedenen Gruppen sich zusammensetzenden Bekenntnisbewegung „Kein ander Evangelium“ wirklich verhalte. Und ich bin dankbar, wenigstens einen Tag dabeigewesen zu sein, um die namhaften Vertreter dieser Bekenntnisbewegung zu dem Generalthema „Welch ein Herr! Welch ein Auftrag!“ unmittelbar zu hören.

Das äußere Bild

Mitten in der Westfalenhalle, die mit über 24 000 Menschen überfüllt war — wer weiß, wie viele noch draußen standen, weil sie ja doch in der Halle unten und auf den Emporen keinen Platz mehr fanden — stand ein großes Kreuz auf einer Bühne. Unter dem Kreuz war der Abendmahlstisch mit der Bibel aus dem Jahre 1614. Um das Kreuz herum war auch der attraktive und vorzügliche „Jugend-für-Christus-Chor“ aufgestellt. Unter dem Kreuz wurden der Gottesdienst und die

Ansprachen gehalten. Zu Füßen des Kreuzes saß der große Posauenchor mit 500 bis 600 Bläsern unter der Leitung des Posaunenwarts Paul Beinhauer. Die Emporen der Westfalenhalle waren voll besetzt. Ein überwältigendes Bild von einer christlichen Versammlung. Eine Reihe Gelähmter, die an den Rollstuhl gebunden waren, war auch anwesend. Als Pfarrer Paul Deitenbeck fragte, wieviel junge Menschen bis zum 30. Lebensjahr anwesend seien, da erhoben Tausende ihre Hand zum Zeichen. So viel junge Menschen waren zu diesem Gemeindetag gekommen. Die Gesamtkollekte in der Westfalenhalle betrug über 97 000 DM. Rund ein Drittel der Kollekte wird dem Missionsbund „Licht im Osten“ für seinen vielseitigen Dienst an bedrückten, behinderten oder gefangenen Christen und ihren Angehörigen in östlichen Ländern überwiesen.

Als ich die große Gemeinde unter dem Kreuz und um das Kreuz herum in der Westfalenhalle versammelt sah, kam mir die Erinnerung an einen Brief, den Karl Marx am 30. November 1842 an Arnold Ruge geschrieben hatte. Karl Marx sagt da: „Ich begehre . . . , die Religion mehr in der Kritik der politischen Zustände, als die politischen Zustände in der Religion zu kritisieren, da diese Wendung mehr dem Wesen einer Zeitung und der Bildung des Publikums entspricht, da die Religion, an sich inhaltlos, nicht vom Himmel, sondern von der Erde lebt, und mit der Auflösung der verkehrten Realität, deren Theorie sie ist, von selbst stürzt“ (cf. Marx/Fr. Engels Werke Bd. 27, S. 412). An der Brüstung der Empore in der Westfalenhalle stand in großen Lettern: „Welch ein Herr! Welch ein Auftrag!“ Um diesen Herrn Jesus Christus ging es; um den Offenbarer des einen, wahren Gottes ging es; um den Herrn, der das Schicksal Gottes in dieser Welt auf sich nahm. Und wo dieser Herr

redet und wirkt, da erwächst durch Gottes Wort und Geist auch echte Bindung, das heißt: da wird auch echte Religion möglich. Da bewahrheitet sich, was Johann Heermann (1585—1647) schrieb: „Dies ist mein Schmerz, dies kränket mich, daß ich nicht gnug kann lieben dich, wie ich dich lieben wollte. Ich werd von Tag zu Tag entzündt; je mehr ich lieb, je mehr ich find, daß ich dich lieben sollte.“ Aus der Liebe zum Herrn Jesus Christus erwächst die echte Religion, die nicht einstürzt.

Angesichts der großen Gemeinde in der Westfalenhalle kam mir das Interview ins Gedächtnis, das die „Tribüne“ mit Karl Marx am 8. Dezember 1878 gehabt hat. „Frage: Ihren Anhängern und Ihnen, Herr Dr. Marx, werden allerhand Brandreden gegen die Religion zugeschrieben. Sie möchten natürlich gerne das ganze System mit Stumpf und Stiel ausgerottet sehen? Marx: Wir wissen, daß Gewaltmaßnahmen gegen die Religion unsinnig sind. Nach unserer Auffassung wird die Religion verschwinden in dem Maße, wie der Sozialismus erstarkt. Die gesellschaftliche Entwicklung muß diesem Verschwinden Vorschub leisten, wobei der Erziehung eine wichtige Rolle zufällt“ (Cf. Marx/Engels Werke Bd. 34). Karl Marx schreibt also: „Gewaltmaßnahmen gegen die Religion sind unsinnig.“ Wir wissen aber, daß andere Anhänger und Interpreten von Karl Marx Gewaltmaßnahmen gegen die Religion nicht gescheut haben.

Das wesentliche Bild

Aufgrund des Lehrtextes aus den Losungen der Brüdergemeinde für den Himmelfahrtstag 1973 kam auch die Größe unseres einzigartigen und wahren Herrn, „der da ist, der für uns da ist, der immer für

uns da ist“, in der Predigt von Pfarrer Paul Deitenbeck, Lüdenscheid, klar zum Ausdruck.

In der Kundgebung am Nachmittag begrüßte der Vorsitzende der Bekenntnisbewegung „Kein ander Evangelium“ Pfarrer Rudolf Bäumer aus Espeikamp die große Versammlung zum „Gemeindetag unter dem Wort“ mit Luk. 10,3: Jesus Christus spricht „Gehet hin! Siehe, ich sende euch!“ Was Bäumer sagte, hat mit den Begriffen „konservativ“ oder „progressiv“ nichts zu tun. Seine Ausführungen geschahen von einer anderen Ebene aus. Ich möchte seine Ausführungen eher biblisch realistisch nennen. Um ihrer Präzision und Kürze willen halte ich es für gegeben, sie wörtlich zu bringen. „Die Zeichen des Endes verdichten sich... Viele unter uns können die heutige Welt nicht anders verstehen, als unter den apokalyptischen Bildern der Offenbarung Johannis: Die Machtgruppierungen sind weltweit geworden. Der große Abfall in der Christenheit hat begonnen. In eine ausgehöhlte Kirche und in leere Herzen dringen sozialrevolutionäre Ideologien und schwarmgeistige Spiritualität ein. Die Sitte als erhaltende Ordnung ist im Schwinden. Es ist verdichtete Endzeit.“

Die Ansprachen von Bundeswart Klaus-Jürgen Diehl, von Landes-superintendent Prof. Dr. Joachim Heubach, von Pfarrer Dr. Gerhard Bergmann und das Schlußwort von Prof. D. Dr. Walter Künneth, DD, aus Erlangen möchte ich hier ausklammern. (Die „Evangelische Verantwortung“ weist auf den Informationsbrief Nr. 39 der Bekenntnisbewegung „Kein ander Evangelium“ hin, der bei der Geschäftsstelle 588 Lüdenscheid, Worthstr. 49, zu beziehen ist.) In diesem Sonderheft ist auch die Ansprache von Prof. Dr. Peter Beyerhaus, Tübingen, enthalten. Um ihrer Wichtigkeit und Aktualität willen möchte ich die wesentlichen Punkte anführen oder umschreiben. „Die ganze Geschichte der Menschheit bewegt sich um die entscheidende Frage: Wer wird im Kampf um den Besitz der Herrschaft über die Welt das letzte Wort behalten?“ Das war

früher so! Die entstandenen Reiche sind alle nach kurzer Zeit wieder untergegangen. Das ist auch heute so! Ganze Machtblöcke bemühen sich um einen noch größeren Zusammenschluß. Sie wollen eine Weltregierung bilden. „Aber diese Machtzusammenballungen werden keinen Bestand haben, weil sie ihre Macht nicht aus Gottes Hand nehmen und den Völkern nicht geben können, was sie ihnen versprochen haben: den Zusammenschluß über alle Rassen, Klassen und Religionen hinweg zu einer geeinten Menschheit, in der Friede und Gerechtigkeit herrschen.“ Alle diese Bemühungen mit ihren Systemveränderungen scheitern letztlich am Menschen, den sie nicht ändern können, trotz all ihrer Macht. Aus dem Herzen des Menschen erwächst immer neuer Haß, immer neuer Haß und damit immer neue Unterdrückung. Es geht im tiefsten Grunde um den neuen Menschen, den der Herr allein schaffen kann. „Die Weltmächte können den nicht aus dem Wege räumen, der – ob schon besiegt – in trotzigem Aufbruch die gute Schöpfung Gottes immer wieder durcheinanderwirft: den Teufel, den Fürsten der Welt.“ Wer Gott leugnet, der kennt auch den Teufel nicht. Denn er hat ihn in der Hand. „Er hält sie an seinem Bande.“ Das ist keine Deklamation, sondern tiefere Realität, gesehen und erkannt von der Basis des Glaubens aus; wie sie auch verworfen wird von der Basis des Unglaubens aus. Da komme keiner mit dem Einwand der Wissenschaft.

Im zweiten Teil seines Vortrags sprach Prof. Beyerhaus vom Auftrag der Gemeinde Jesu Christi in der Welt. Durch diesen Auftrag soll sie in der Weltgeschichte deren entscheidende Wende auf ihr letztes Ziel hin einleiten. Er handelte somit hier von der Mission der Gemeinde. Dabei zitierte er die Frankfurter Erklärung: „Die Kirche Jesu Christi hat das heilige Vorrecht und die unabdingbare Verpflichtung, an der Sendung des dreieinigen Gottes in die Welt teilzunehmen. Dadurch soll sein Name unter allen Völkern verherrlicht, von seinem zukünftigen Zorn bedrohte Menschen gerettet

und zu einem neuen Leben geführt werden und die Herrschaft seines Sohnes Jesu Christi in Erwartung seiner Wiederkunft aufgerichtet werden.“ Da möchten wir bedrückt einwenden: Solch ein Auftrag ist für Menschen undurchführbar. Aber nicht wir, die er sendet und mit denen er durch seinen Hl. Geist geht, vollführen diesen Auftrag, sondern Christus selbst „führt durch die Mission seiner Gemeinde sein Heilswerk seiner Vollendung entgegen“. Eins aber ist notwendig: „Daß die Gemeinde Jesu Christi in ihre Mission mit diesem ihrem Herrn in einer innigen und völligen Übereinstimmung des Denkens, Fühlens und Wollens steht.“ In diesem Zusammenhang deutete Prof. Beyerhaus eine ganz große Gefahr für die christliche Gemeinde an. Diese Gefahr besteht in der „Versuchung, daß die Gemeinde ihre Weisung nicht mehr von Christus als dem Herrn seiner Mission entgegennimmt, sondern statt dessen von den ideologischen Bewegungen, die heute danach trachten, an seiner Stelle die Weltherrschaft einzunehmen.“

Zum Schluß wies Prof. Beyerhaus in seiner mit großem Beifall vom „Gemeindetag unter dem Wort“ aufgenommenen Ansprache auf die mächtige Verheißung hin, mit der der erhöhte Herr die Berufung seiner Jünger zum Dienst an der Welt beschließt: „Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an das Ende der Weltzeit!“

Unsere Autoren

Dr. Gerhard Schröder, MdB,
53 Bonn, Bundeshaus

Dr. Reinhard Mumm, Kirchenrat,
8 München 2, Meiserstraße 13

Dr. Peter Egen, 5606 Tönisheide,
Schubertstraße 32

Wilhelm Staudacher, 8 München,
Germaniastraße 3

Pfarrer Albert Schäfer,
5921 Wemlighausen,
Am kleinen Hillerbach 107

Evangelische Verantwortung – Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL; Dr. Walter Strauß. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Peter Egen, 53 Bonn, Kaiserstr. 22, Ruf (0 22 21) 63 78 11. Verlag: Union-Betriebs-GmbH, 53 Bonn, Argelanderstr. 173. Abonnementspreis vierteljährlich: 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM. Konto: EAK – Postscheckkonto Köln 1121 00. Druck: Oskar Leiner Druck KG, Buchdruck Offsetdruck, 4 Düsseldorf, Erkrather Straße 206. Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage „Studienfahrt nach Israel“ bei.